



20.10.2015

EPA: Nutzer kritisieren Reform der Beschwerdekammern

Die Nutzer des Europäischen Patentamtes (EPA) befürworten, dass die Unabhängigkeit der Beschwerdekammern gestärkt werden soll, kritisieren aber Details der geplanten Reform. Das geht aus den vergangene Woche veröffentlichten Ergebnissen einer Nutzerbefragung hervor. Die Beschwerdekammer ist die amtseigene Gerichtsinstanz und soll reformiert werden. Gleichzeitig stand auch der Reformvorschlag des EPA-Präsidenten Benoît Battistelli auf dem Prüfstand.



An der Befragung nahmen 45 Patentanwälte, 13 Inhouse-Anwälte sowie 22 internationale Verbände und Nutzerorganisationen teil, darunter BusinessEurope, Epi oder Union-IP. Sie fordern, die Unabhängigkeit der Beschwerdekammern zu stärken und kritisieren die geplanten Regelungen zur Ernennung und Wiederernennung der Kammermitglieder im Reformvorschlag. Welche Kritik konkret geäußert wird, lässt das EPA aber in seiner veröffentlichten Auswertung offen. Anstoß nehmen die Befragten wohl vor allem an der geplante Mitwirkung des Präsidenten. Daneben sprechen sich Teilnehmer dafür aus, dass ein höherer Anteil extern rekrutierter Mitgliedern im Vergleich zu ehemaligen EPA-Prüfern und -Juristen die Sicht auf die Unabhängigkeit der Beschwerdekammer verändern könnte.

Die geplante neue Instanz eines Beschwerdekammerausschusses begrüßen die Nutzer. Dabei weisen sie darauf hin, dass dieser die Unabhängigkeit der Kammer aber nicht untergraben solle. Gleichzeitig fordern sie ihre Beteiligung in diesem Gremium.

Die Nutzer kritisierten zudem, dass die Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit mit solchen zur Steigerung der Effizienz in einem gemeinsamen Reformpaket umgesetzt werden sollen. Aus der Umfrage unter den Nutzern des geltenden Patentsystems schließt das EPA vor allem, dass die „genaue Umsetzung“ der im Vorschlag zur Reform der Beschwerdekammer beschriebenen allgemeinen Leitlinien entscheidend ist.

Welche Schlüsse das EPA aus der Kritik ziehen will, lässt das Amt offen. Grundsätzlich sollen die Ergebnisse aber in die geplante Reform einfließen.

Jahrelanger Konflikt

Die Diskussion um mehr Unabhängigkeit der Beschwerdekammern schwelt seit Jahrzehnten. Vor allem Vertreter der Beschwerdekammern selbst, aber auch Patentanwälte und Unternehmen fordern eine deutlichere Trennung zwischen der Amtsführung und dem EPA-Gericht. Eskaliert war der Konflikt im Dezember 2014, als Battistelli ein Mitglied der Kammer mit einem Hausverbot belegte. Das Verfahren um den Richter ist noch nicht beendet. Infolge des Vorfalls hatte die

Diskussion um die fehlende Unabhängigkeit jedoch erheblich an Fahrt aufgenommen. Im März hatte Battistelli einen eigenen Reformvorschlag unterbreitet, der die Schaffung des Beschwerdekammerausschusses als unabhängiges Aufsichtsorgan für die Beschwerdekammern vorsieht, das Gericht aber weiter dem Einfluss der Amtsführung unterstellt.

Battistellis Plan sah eine Umsetzung der Reform bis zum Jahresende vor. Der ursprüngliche Zeitplan war aber schon im Sommer im Zuge der Nutzerbefragung aus dem Tritt gekommen. Ob sich der Verwaltungsrat des Amtes beziehungsweise seine Unterausschüsse auf den ausstehenden Sitzungen des Jahres noch mit der Reform beschäftigen werden, ist noch nicht bekannt.

Wien als möglicher Standort

In der Diskussion spielte zuletzt auch immer wieder eine räumliche Trennung zwischen der Verwaltung und den Patentabteilungen einerseits und dem Gerichtszweig andererseits eine wichtige Rolle. Neben einer Lösung in München galt lange Berlin als Option. Die Bundeshauptstadt spielt aber in den Überlegungen wohl derzeit keine Rolle mehr. Aus dem Umfeld des EPA wurde jedoch bekannt, die Amtsführung erwäge auch eine Verlagerung der Beschwerdekammern nach Wien, wo das Amt eine kleine Außenstelle hat. Das EPA bestätigte diese Information nicht.

In der Auswertung der Nutzerbefragung spricht das EPA lediglich von geteilten Ansichten zur Standortdiskussion. Die Beschwerdekammermitglieder dagegen hatten die Vorschläge zu einer Standortverlagerung stets als Bestrafung für ihre unbequeme Haltung in der Diskussion gewertet. Bei einem Umzug des Gerichts müssten sie ihren Lebensmittelpunkt verlagern. Im Gegensatz zu Berlin wären EPA-Mitarbeiter, die sich weigerten nach Wien wechseln, nach den Statuten des Amtes kündbar.

Kritiker werfen Amtschef Battistelli deshalb vor, er wolle durch dieses Manöver für den Austausch des aktuellen Richterteams sorgen und die Kapazitäten der Beschwerdekammern weiter abschmelzen, in dem er vakante Stellen nicht nachbesetzen lässt. Formell ist der Verwaltungsrat für die Nachbesetzung freier Richterstellen zuständig. Der Präsident hat allerdings ein Vorschlagsrecht. Laut JUVE-Informationen sind derzeit die Vorsitze von drei technischen Beschwerdekammern sowie 20 weitere Stellen vakant. Auf Nachfrage von JUVE wollte sich das EPA nicht dazu äußern, wie viele Stellen unbesetzt sind, sondern verwies auf Vorschläge des Präsidenten zur Wiederernennung im Juni. Diese habe er gemacht, obwohl die eingegangenen technischen Beschwerden rückläufig seien.

Eine Reduzierung der Richterstellen beziehungsweise ein umfangreicherer Austausch des Richterpersonals hätte aber womöglich negative Folgen für die Qualität der Rechtsprechung, befürchten Experten. Dies käme zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt. Die Strukturreform der Beschwerdekammern soll nach den Plänen Battistellis ab kommendem Januar greifen. Ein Umzug nach Wien würde frühestens im Laufe des kommenden Jahres realisiert werden. Im Januar 2017 soll parallel das Gemeinschaftspatent und neue europäische Patentgericht (Unified Patent Court, UPC) starten. Damit befänden sich jedoch zeitgleich die beiden wichtigsten europäischen Patentgerichte in einer personellen Übergangsphase. (Christina Geimer, Mathieu Klos)

English translation



20.10.2015

EPO: Users criticise Reform of Boards of Appeal

The people who use the European Patent Office (EPO) are keen on the idea of the independence of the Boards of Appeal being strengthened, but details of the planned reform are coming in for criticism, according to the results of a user survey published last week. The Boards of Appeal are the Office's own court of instance, and plans are to reform it. Reform proposals by EPO President Benoît Battistelli are also coming under scrutiny.



45 patent attorneys took part in the survey, 13 in-house attorneys, and 22 international associations and user organizations, among them BusinessEurope, Epi or Union-IP. They were keen on the idea of greater independence for the Boards of Appeal, but criticised the planned regulations for the appointment and reappointment of the Board members included in the reform proposal. Specifically what criticism had been expressed was left unanswered by the EPO in its published evaluation, but it is fairly certain that those asked took particular exception to the planned involvement of the President. As well as this, participants also raised the issue that a higher proportion of members being recruited from outside, in comparison with former EPO examiners and jurists, could change the perception of the independence of the Boards of Appeal.

The planned new arrangement of a Board of Appeal Committee was welcomed by users. They pointed out, however, that this should not be allowed to undermine the independence of the Boards, while at the same time they pressed for participation in this committee.

The users also criticised the fact that the measures for strengthening independence are to be tempered by methods for increasing efficiency in one common package of reforms. From the user survey of the current patent system, the EPO drew the conclusion in particular that the "precise implementation" of the general guidelines described in the proposal for the reform of the Boards of Appeal is going to be the decisive factor.

The EPO is not revealing what conclusions it has drawn from the criticism, but in principle it is assumed that the results will be integrated into the planned reform.

Decades of conflict

The debate about more independence for the Boards of Appeal has been rumbling on for decades. This has involved above all representatives of the Boards of Appeal themselves, but patent attorneys and commercial concerns have also been demanding a clearer division between Office management and the EPO court. The conflict was escalated in December 2014, when Battistelli barred a member of the Boards from entering the building. The issues surrounding the judge have

still not been settled, but in the wake of the incident the debate about the lack of independence has gained considerable momentum. In March Battistelli put forward his own proposals for reform, which provide for the creation of the Board of Appeal Committee as an independent supervisory body for the Boards but which is still subject to the influence of the Office management.

Battistelli's plan provided for the implementation of the reform by the end of the year. The original timetable was blown off course in the summer, however, in the course of the user survey. Whether the Management Committee of the Office or its sub-committees will still be concerning themselves with the reform at the meetings still scheduled for this year is not yet known.

Vienna as possible location

In the debate, a spatial separation between the management and the patent departments on the one hand and the court branch of the organization on the other has come to play an important part. As well as a solution in Munich, Berlin had long been seen as an option. The German capital appears not to have a role to play in the considerations any longer, however. It has become known from sources close to the EPO that the management are also considering moving the Boards of Appeal to Vienna, where the Office maintains a small outpost. The EPO has not confirmed this.

In the evaluation of the user survey, the EPO speaks only of divided opinions on the issue of location. The members of the Boards of Appeal, by contrast, have always regarded the proposals for a change of venue as being a kind of punishment for their uncomfortable stance in the discussion. If the court were to move, they would have to shift the entire focus of their lives. By contrast with Berlin, EPO members who refused to go to Vienna would run the risk of dismissal under the statutes of the Office.

Critics have accordingly accused Office Boss Battistelli of plotting this manoeuvre in order to replace the present team of judges and further eroding the capacities of the Boards of Appeal, inasmuch as he is not allowing vacant positions to be filled. In formal terms, the Administrative Council is responsible for appointing judges to free positions, but the President has a right of proposal. According to JUVE information, at present the chair positions of three technical Boards of Appeal and 20 further positions are vacant. In response to an enquiry by JUVE, the EPO was unwilling to indicate how many positions are still unoccupied, but referred to proposals by the President for reappointments in June. He is said to have made these, although the technical appeals being received are said to be declining.

A reduction in the number of judges, or an extensive change in the judge personnel, would nevertheless incur negative consequences for the quality of the jurisprudence and legal process, or so some experts fear. This has come at an extremely awkward moment. According to Battistelli's plans, the structure reform of the Boards of Appeal should go into effect as from next year. A move to Vienna would take place at the earliest in the course of the coming year. In January 2017, in parallel with this, the Unitary Patent and the new European patent court (Unified Patent Court, UPC) are scheduled to start. This means that the two most important European patent courts would be going through a phase of massive change of personnel both at the same time. (Christina Geimer, Mathieu Klos)

Traduction française



20.10.2015

OEB : les utilisateurs critiquent la réforme des Chambres de recours

Les utilisateurs de l'Office européen des brevets (OEB) approuvent le renforcement de l'indépendance des Chambres de recours, mais ils critiquent certains détails de la réforme prévue. C'est ce qu'indiquent les résultats d'une enquête auprès des utilisateurs publiée la semaine dernière. La Chambre de recours, qui est l'instance de jugement interne à l'Office, doit être réformée. La proposition de réforme du président de l'OEB, Benoît Battistelli, était également soumise à l'appréciation des utilisateurs.



45 agents en brevets, 13 avocats internes ainsi que 22 groupements et organisations d'utilisateurs internationales, parmi lesquelles BusinessEurope, Epi ou Union-IP, ont pris part à l'enquête. Ils demandent que l'indépendance des Chambres de recours soit renforcée et critiquent les règles relatives à la désignation et à la reconduction des membres des Chambres prévues dans le projet de réforme. Dans l'analyse qu'il a publiée, l'OEB ne précise, cependant, pas quelles critiques sont exprimées concrètement. Les personnes interrogées s'inquiètent probablement surtout de la coopération prévue du président. En outre, certains participants considèrent qu'une plus grande proportion de membres recrutés à l'extérieur, par rapport aux anciens examinateurs et juristes de l'OEB, serait de nature à modifier le regard porté sur l'indépendance de la Chambre de recours.

Les utilisateurs se félicitent de la nouvelle instance prévue que serait le Conseil des chambres de recours. Ils soulignent, toutefois, qu'il ne faudrait pas qu'elle remette en cause l'indépendance de la Chambre. En même temps, ils demandent à pouvoir faire partie de cette instance.

Les utilisateurs critiquent, en outre, le fait que les mesures pour renforcer l'indépendance soient censées être mises en œuvre dans le cadre d'un même train de réformes que les mesures pour augmenter l'efficacité. De cette enquête auprès des utilisateurs du système de brevets en vigueur, l'OEB tire essentiellement la conclusion que la « mise en œuvre précise » des principes généraux décrits dans le projet de réforme des Chambres de recours est essentielle.

L'OEB ne précise pas quelles conclusions il entend tirer des critiques formulées. En principe, les résultats sont, néanmoins, censés être intégrés dans la réforme prévue.

Un conflit de plusieurs années

Le débat autour du renforcement de l'indépendance des Chambres de recours enfile depuis des décennies. Ce sont avant tout les représentants des Chambres de recours eux-mêmes, mais aussi

les agents en brevets et les entreprises qui réclament une séparation plus marquée entre la direction de l'Office et le tribunal de l'OEB. Le conflit a connu une escalade en décembre 2014, lorsque M. Battistelli a infligé une mise à pied à un membre d'une Chambre de recours. La procédure concernant ce magistrat n'est pas encore terminée. À la suite de cet incident, le débat sur le manque d'indépendance est, cependant, devenu nettement plus aigu. En mars, M. Battistelli a présenté un projet de réforme qui prévoit la création d'un Conseil des chambres de recours en tant qu'organe de surveillance indépendant pour les Chambres de recours, mais qui laisse le tribunal soumis à l'influence de la direction de l'Office.

Le plan de M. Battistelli prévoyait une réalisation de la réforme d'ici la fin de l'année. Dès l'été, cependant, lors de l'enquête auprès des utilisateurs, il était clair que le calendrier initial ne pourrait être respecté. On ne sait pas encore si le Conseil d'administration de l'Office ou ses commissions évoqueront encore la réforme lors des séances qui doivent se tenir d'ici la fin de l'année.

Vienne en tant que siège possible

Un autre point qui revient sans cesse et joue un rôle important dans le débat est enfin une séparation géographique entre l'administration et les services d'examen des brevets, d'une part, et la branche de jugement, d'autre part. À côté d'une solution à Munich, Berlin a longtemps fait figure d'alternative possible. Cependant, la capitale fédérale semble désormais totalement absente des réflexions. Dans l'environnement de l'OEB on évoque, cependant, le fait que la direction envisagerait aussi un transfert des Chambres de recours à Vienne, où l'Office dispose d'une petite antenne extérieure. L'OEB n'a pas confirmé cette information.

Dans l'analyse de l'enquête auprès des utilisateurs, l'OEB évoque uniquement des avis partagés concernant le débat sur le siège du tribunal. Les membres des Chambres de recours ont, toutefois, toujours considéré les projets de transfert comme une mesure de rétorsion pour sanctionner leur attitude critique dans le débat. En cas de déménagement du tribunal, ils devraient transférer leur centre de vie ailleurs. Contrairement à ce qui serait le cas avec Berlin, les collaborateurs de l'OEB qui refuseraient leur mutation à Vienne pourraient, selon les statuts de l'Office, être licenciés.

C'est pourquoi les critiques reprochent au patron de l'Office, M. Battistelli, de chercher, par cette manœuvre, à remplacer l'équipe de juges actuelle et à continuer de laisser fondre les capacités des Chambres de recours, dans lesquelles il ne pourvoit pas au remplacement des postes vacants. Formellement, c'est le Conseil d'administration qui est compétent pour remplacer les postes de juge vacants. Le président a, cependant, un droit de proposition. Selon les informations de JUVE, les présidences de trois Chambres de recours techniques, ainsi que 20 autres postes sont actuellement vacants. Interrogé par JUVE, l'OEB n'a pas souhaité indiquer combien de postes sont vacants, mais s'est contenté de faire référence aux propositions de reconduction du président en juin, auxquelles il a procédé alors que les recours techniques reçus seraient en baisse.

Les experts craignent, cependant, qu'une réduction des postes de juge ou un remplacement de grande envergure des juges puisse avoir des conséquences négatives pour la qualité des décisions rendues. Cela interviendrait à un moment particulièrement inapproprié. La réforme structurelle des Chambres de recours devrait, selon les plans de M. Battistelli, être mise en œuvre à partir de janvier prochain. Un déménagement à Vienne interviendrait au plus tôt courant de l'année prochaine. En janvier 2017 doivent parallèlement être lancés le brevet communautaire et le nouveau tribunal européen des brevets (Unified Patent Court, UPC). Ce sont donc les deux principaux tribunaux des brevets européens qui se trouveraient ainsi simultanément dans une phase de transition de leur personnel. (Christina Geimer, Mathieu Klos)

Nederlandse vertaling



20.10.2015

EOB: Gebruikers bekritisieren hervorming Kamers van Beroep

De gebruikers van het Europees Octrooibureau (EOB) zijn vóór versterking van de onafhankelijkheid van de Kamers van Beroep, maar zijn kritisch over bepaalde aspecten van de voorgenomen hervorming. Dit blijkt uit de onlangs gepubliceerde resultaten van een gebruikersenquête. De Kamer van Beroep is de eigen gerechtshof van het EOB en moet hervormd worden. Ook het hervormingsvoorstel van EOB-president Benoît Battistelli werd tegen het licht gehouden.



Aan de enquête werd deelgenomen door 45 octrooigemachtigden, 13 bedrijfsjuristen en 22 internationale verenigingen en gebruikersorganisaties zoals BusinessEurope, Epi en Union-IP. Zij eisen versterking van de onafhankelijkheid van de Kamers van Beroep en hebben bezwaar tegen de regelingen voor de (her)benoeming van de leden van de kamers in het hervormingsvoorstel. Welke concrete bezwaren er worden geuit, laat het EOB in zijn gepubliceerde analyse in het midden. Waarschijnlijk gaat het vooral om de geplande betrokkenheid van de president. Verder geven de deelnemers aan dat een hoger aandeel externe leden ten opzichte van oud-EOB-onderzoekers en –juristen het standpunt over de onafhankelijkheid van de Kamer van Beroep zou kunnen veranderen.

De voorgenomen invoering van een Comité voor de Kamer van Beroep wordt door de gebruikers verwelkomd. Ze wijzen er echter op dat dit de onafhankelijkheid van de Kamers niet mag ondermijnen. Tegelijkertijd willen ze deel uitmaken van dit nieuwe orgaan.

Verder bekritisieren ze het feit dat de maatregelen om de onafhankelijkheid te versterken met de maatregelen ter verbetering van de efficiëntie zijn gecombineerd in één hervormingspakket. Uit de antwoorden van de gebruikers van het huidige octroosysteem concludeert het EOB vooral dat de “nauwgezette uitvoering” van de algemene richtlijnen die in het voorstel voor de hervorming van de Kamers van Beroep worden beschreven, doorslaggevend is.

Welke conclusies het EOB uit de kritiek wil trekken, wordt open gelaten maar in principe moeten de resultaten in de geplande hervorming worden meegenomen.

Jarenlang conflict

De discussie over een grotere onafhankelijkheid van de Kamers van Beroep speelt al tientallen jaren. Vooral vertegenwoordigers van de Kamers zelf, maar ook octrooigemachtigden en bedrijven wensen een duidelijker scheiding tussen de leiding van het EOB en de gerechtshof. Het

conflict escaleerde in december 2014, toen Battistelli een lid van de Kamers de toegang tot het gebouw ontzegde. De procedure tegen dit lid is nog niet afgerond, maar door het voorval is de discussie over de ontbrekende onafhankelijkheid in een stroomversnelling geraakt. In maart kwam Battistelli met een eigen hervormingsvoorstel, waarin een onafhankelijk toezichtscomité op de Kamer van Beroep in het leven wordt geroepen, maar deze nog steeds ondergeschikt zijn aan de leiding van het EOB.

Volgens het voorstel van Battistelli zou de hervorming eind dit jaar voltooid moeten zijn. Het oorspronkelijke tijdschema moest echter al in de zomer worden losgelaten vanwege de gebruikersenquête. Of de Raad van Bestuur of zijn subcommissies zich tijdens de geplande vergaderingen dit jaar nog met de hervorming zullen bezighouden, is ook nog niet bekend.

Wenen als mogelijke vestigingsplaats

Tot slot was ook een ruimtelijke scheiding tussen bestuur en octrooiafdelingen enerzijds en de Kamers van Beroep anderzijds steeds een belangrijk punt van discussie. Naast een oplossing in München gold Berlijn lange tijd als optie. De Duitse hoofdstad speelt echter inmiddels geen rol meer in de overwegingen. Uit kringen rond het EOB werd echter vernomen dat de leiding ook overweegt de Kamers van Beroep naar Wenen te verplaatsen, waar het EOB ook een klein kantoor heeft. Het EOB bevestigde deze informatie niet.

In zijn analyse van de gebruikersenquête vermeldt het EOB alleen dat de meningen over de vestigingsplaats verdeeld zijn. De leden van de Kamers van Beroep daarentegen hebben de verplaatsingsvoorstellen steeds als straf voor hun kritische opstelling in de discussie beschouwd. Verplaatsing betekent dat zij zouden moeten verhuizen. Anders dan in het geval van Berlijn zouden EOB-medewerkers die weigeren naar Wenen te gaan, volgens de statuten van het EOB kunnen worden ontslagen.

Critici verwijten president Battistelli daarom dat hij zich met deze manoeuvre wil ontdoen van de huidige leden en de capaciteit van de kamers verder wil verkleinen door vacatures niet meer te vervullen. Formeel is de Raad van Bestuur verantwoordelijk voor de invulling van de vrijgekomen zetels. De president heeft echter een voordrachtsrecht. Volgens informatie van JUVE zijn momenteel het voorzitterschap van drie technische kamers van beroep plus 20 andere zetels vacant. Op navraag van JUVE wilde het EOB niet aangeven hoeveel vacatures er zijn, maar verwees naar de herbenoemingsvoorstellen die de president in juni heeft gedaan, ondanks het feit dat het aantal technische beroepzaken zou dalen.

Een verkleining van het aantal leden of een vervanging van een groot aantal leden van de Kamers van Beroep zou negatieve gevolgen voor de kwaliteit van de rechtspraak kunnen hebben, zo vrezen experts. Het zou op een uiterst ongunstig moment komen. De structurele hervorming van de Kamers van Beroep zou volgens de plannen van Battistelli in januari 2016 moeten beginnen. Een verhuizing naar Wenen zou op zijn vroegst in de loop van komend jaar kunnen worden gerealiseerd. In januari 2017 zouden het unitair octrooi en het nieuwe Europees octrooigerecht (Unified Patent Court, UPC) van start gaan. Daarmee zouden echter de twee belangrijkste Europese octrooigerechten zich tegelijkertijd in een personele overgangsfase bevinden. (Christina Geimer, Mathieu Klos)